

II-2669 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebung

Nr. 14031J

1991-07-08

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Müller, Dr. Keppelmüller, DDr. Niederwieser, Strobl,
Mag. Guggenberger
und Genossen

an die Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie
betreffend Verbot und Eliminierung von Asbest

Ende Mai d.J. wurde von der deutschen Bundesregierung eine "Asbestverbotsverordnung" beschlossen. In der Begründung durch das federführende Bundesarbeitsministerium heißt es u.a.: "Ziel ist es, die Bundesrepublik Deutschland bis Ende 1994 als ersten Staat der Welt durch ein umfassendes Import-, Herstellungs- und Verwendungsverbot vom Gefahrstoff Asbest zu befreien". Die Verordnung ist noch nicht in Kraft, weil die Notifizierung durch die EG noch aussteht. In Bezugnahme auf die bundesdeutsche Initiative richten die unterfertigten Abgeordneten an die Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie nachstehende

A n f r a g e:

1. Welche Maßnahmen wurden seitens Ihres Ressorts für ein Import-, Herstellungs- und Verwendungsverbot für Asbest gesetzt?
2. Wann ist mit einem Realisieren der von der Bundesrepublik intendierten Maßnahmen in Österreich zu rechnen?